

# Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementssatz durch die Post bezogen  
vierteljährlich 1.80 M. Anzeigenpreis durch die gesetzl. Colonelese für Arbeits-  
gesetze 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des Christlichen  
Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Preissatz 50.-  
Schluß der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Anschriften und Wonne-  
menstheilungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Alleinige Anzeigen-Annahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 37.

Duisburg, den 15. September 1917.

18. Jahrgang.

## Muß der § 153 der Gewerbeordnung fallen?

Im Verfassungsausschuß des Reichstages ist die Aufhebung des Par. 153 der Gewerbeordnung beantragt worden. Derselbe lautet: „Wer andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Erzverlegungen oder durch Befreiungsklärung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an solchen Verabredungen (Par. 152 Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen) teilzunehmen, oder ihnen Folge zu lassen, oder andere durch gleiche Mittel hindert oder zu verhindern sucht, von solchen Verabredungen zuzutreten, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetze nicht eine härtere Strafe eintritt.“

Die Aufhebung dieser Gesetzesbestimmung ist seit Jahren der übereinstimmende Wunsch der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen. Auch die christlich-nationalen Gewerkschaften haben sich wiederholt für die Aufhebung derselben ausgesprochen, so noch zuletzt auf dem Dresdener Kongreß 1912. Die Regierung hat aber bisher der Aufhebung dieser Bestimmung sich widerseht. Sie befand sich damit in Übereinstimmung mit den Konservativen und mit allen jenen Kreisen, welche sich die Förderung der gelben Gewerkschaften angelegen sein lassen. Von diesen Kreisen wird mit Leidenschaft die Ansicht vertreten, Par. 153 müsse bestehen bleiben, damit der Terrorismus der Gewerkschaften nicht allzu läppig ins Kraut schließe.

Demgegenüber gibt eine objektive Betrachtung des Par. 153 folgendes Bild:

1. Par. 153 der Gewerbeordnung ist eine Ausnahmebestimmung zu Ungunsten der Koalitionen der Arbeitnehmer sowohl als auch der Arbeitgeber. Da er nämlich schlechthin jeden körperlichen Zwang, jede Drohung, Erzverlegung und Befreiungsklärung unter Strafe stellt, wenn sie im Interesse der Koalition der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer erfolgt, so erfüllt er damit zum Teil Handlungen für strafbar, die sonst keinem Strafgesetze unterfallen. Körplicher Zwang ist nämlich nach dem allgemeinen Strafrecht nur dann verboten, wenn er sich als Freiheitsberaubung oder Körperverletzung darstellt; Drohungen sind nach Par. 240 des Reichsgesetzbuches nur dann mit Strafe belegt, wenn es sich um die Drohung mit einem Vergehen oder Verbrechen handelt, Erzverlegung ist nur als Beleidigung strafbar, und die Strafbarkeit der Befreiungsklärung als solcher ist dem Strafamt im übrigen überhaupt unbekannt. Der Sinn einer Handlung macht also diese in Par. 153 zu einer strafbaren, während sie es sonst nicht ist.

2. Diese Ungerechtigkeit tritt noch deutlicher hervor, wenn man sich vergegenwärtigt, daß im übrigen der Organisationsgedanke von der Gesetzgebung an verschiedenen Stellen geradezu gefordert wird. Vertragsmännen, Rechtsanwältskammern, Innungen haben weitgehende Befugnisse, mit Ehren- und Geldstrafen gegen diejenigen einzuschreiten, die für die Standesinteressen oder die Berufsschreie das Verständnis über den guten Willen vermissen lassen.

3. Par. 153 ist aber weiterhin auch ein Unrecht sowohl an den Arbeitgebern wie auch an den Arbeitnehmerverbänden. Letztere welche nicht minder die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder wahrnehmen wie die ersten, haben gegenüber gewiß auch nicht glimpflicher verfahren, unterschlagen den einengenden Vorschriften des Par. 153 nicht.

4. Schließlich ist Par. 153 auch noch ein krasses Unrecht an den Arbeitnehmerverbänden gegenüber den Arbeitgeberverbänden. Scheinbar ist er ja in diesem Falle partitär, denn er bezieht sich theoretisch sowohl auf Arbeitgeber wie auf Arbeitnehmerverbände. Praktisch aber ergibt sich ein ganz anderes Bild. Nur derjenige kann natürlich auf Grund des Par. 153 bestraft werden, welcher wegen eines solchen Vergehens auch wirklich gefangen wird. Nach der Natur der Dinge wird man aber nur den Arbeitnehmer haften, nicht auch den Arbeitgeber. Die Vergehen der ersten spielen sich meist in mehr oder weniger breiter Deutlichkeit ab, während die der letzteren mehr hinter geschlossenen Türen begangen werden. So ist es erklärlich, daß bisher auf Grund des Par. 153 wohl Tausende von Verurteilungen von Arbeitern, aber erst zwei oder drei Verurteilungen von Arbeitgebern bekannt geworden sind. Dabei steht keineswegs fest, daß die Arbeitgeber sich tatsächlich in weniger Fällen, und in weniger großer Weise gegen das Gesetz vergangen haben, als die Arbeiter.

Es gibt aber noch weitere Gründe, die den Par. 153 als verschiefert erscheinen lassen. Ein solcher liegt zunächst in der Schlüsselrolle (... sofern nicht nach dem allgemeinen Strafgesetze eine härtere Strafe eintritt). Hierdurch wird nämlich die Bestimmung gerade für diejenigen Fälle in Wirklichkeit erhalten, wo sonst überhaupt gar keine schwere Handlung vorliegt. Diese können dann nur mit Gefängnis geahndet werden, während in den Fällen, wo ein Vergehen gegen Par. 153 zugleich die Verlegung einer

anderweitigen Strafverschrift umschließt, wie z. B. der Bestimmungen über Körperverletzungen, Mötigung und Beleidigung des allgemeinen Strafgesetzbuches, auf geringe Geldstrafe beziehungsweise Haft erkannt werden kann, weil dort der Strafraum weiter gezogen worden ist. Und in der Tat kann sich ein auf Grund des Par. 153 G.-O. Angeklagter freuen, wenn das Gericht zu der Ansicht kommt, es müsse eine dieser Bestimmungen (nach Par. 153 das härtere) angewandt werden, denn regelmäßig kommt er dann mit einer kleinen Geldstrafe davon.

Außerdem von vorstehenden rechtlichen Gründen hat sich Par. 153 in der Praxis auch durchaus als unwirksam erwiesen. Es ist nicht nachzuweisen, daß der Rückgang des Terrorismus auf ihm beruht. Vielmehr hat dieser Rückgang in der zunehmenden Zivilisation der Arbeitnehmerverbände seinen Grund. Dieser aber ist Par. 153 außerordentlich hinderlich gewesen. Die Bestimmung hat stets dem Gerechtigkeitsempfinden der organisierten Arbeiter ins Gesicht geschlagen und dadurch mehr Erbitterung und Verbitterung erzeugt, als sie selbst nach Meinung des größten Scharfmachers Gutes gestiftet hat.

losen Darlegungen, Verdächtigungen sucht sie nicht allein das Unternehmertum, sondern auch möglichst die anderen Stände gegen die Arbeiterschaft scharf zu machen.

In der Lohnfrage hat sie endlich ein Gebiet gefunden, das sie in Leitartikeln, in Wochenphilosophie usw. unermäßig verarbeitet und der gerade hierin so „willbegierig“ Leidenschaft aufstößt. Man gäbe sich erheblichen täuschungen hin, wenn man glaubte, es käme ihr dabei auf einwandfreies Material an. Eine Behauptung über die „hohen Löhne“ der Arbeiter ist noch krasser als die andere. Da liegt der Haß im Pfeffer. Möglichst viele Behauptungen und wenige Beweise finden immer ein gläubiges Publikum. Und ganz besonders dann, wenn es sich darum handelt, gegen die Arbeiter vorzugehen.

Der Kampf gegen die Arbeiterschaft, gegen ihre Rechte, gegen ihre Forderungen und Ziele wächst zu einer Härte an, die man kaum für möglich halten sollte. Organe des Unternehmertums und der ihm nahestehenden Tagespresse suchen auf jede Art und Weise den Arbeitern selbst das Wenige, das sie sich errangen, streitig zu machen. Aus dem Grunde werden die unstrittigsten Gerichte in die Welt gesetzt über die „fabelhaften“ Löhne der Arbeiter, die eine geradezu phantastische Höhe erreicht hätten, welche mit der Höhe der Lebensmittel in keinem Verhältnis mehr stände. Das wird um so lieber geglaubt, je größer die Abwertung gegen den arbeitenden Stand ist, der sich etwas hochsetzen will, und nicht immer auf der untersten Stufe bei Elend und Not stehen möchte. Deshalb muß auch überall die „bekannte“ Arbeitersfrau herhalten, die in seidenen Kleidern geht, den ganzen Tag im Café sitzt und Torten isst, deshalb wird der „bekannte“ Fabrikarbeiter aus irgendinem dunklen Grunde herausgezogen, der die Unzulänglichkeit nur so auf den Tisch wirkt und Setzungen gibt. Es gibt tatsächlich kaum etwas Lächerliches und Abgeschmacktes, das nicht mit Behagen von dem schlemmenden Arbeiterstande erzählt wird und die Leute aus Berlin oder der Enkel aus Hamburg weiß immer noch neues hinzuzufügen, aus „eigener Erfahrung“ selbstverständlich. Der eine möchte aus allgemeinwölkischen Gründen dem Arbeitler etwas an seinem sauer verdienten Lohn abknaben, der andere führt sogar moralische Gründe ins Feld, aber überall steht im Hintergrund der rührende Wunsch, daß der Arbeiter auf möglichst niedriger Stufe bleibe. Dass Kriegslegeranten, Rüstungsindustrie, Handel usw. im Kriege ungeheure Gewinne einstreichen, riesige Abschreibungen machen, Dividende verteilen wie kaum zuvor, erregt weiter gar kein Interesse; das dürfen sie, weil jeder auch gerne „etwas“ verdienen möchte. Mit dem sicheren Sprung hilft man sich darüber hinaus. Dass Kriegswucherer nachlos Bedarfartikel verteuern, sei ja freilich bedauerlich, aber man findet sich damit ab. Dass der Arbeiter einen Lohn verdienen möchte, der kaum im Einklang mit den hohen Lebensmittelpreisen steht, ist nach der Meinung so vieler unerhört und rüttelt am Fundament des Staates.

Es hat tatsächlich den Anschein, als ob von manchen Seiten der Spekulant und Reitershändler, der Buchergelder herauszöpfnet, nicht mehr unter die Rubrik Bucherer gerechnet werde — dafür hat man leider oft nur ein bekanntes Lächeln — sondern der Arbeiter, der um auszulösen, eine Lohn erhöhung fordert.

Dass eine solche Auffassung in einer Zeit möglich ist, die der Unspannung und Zusammenarbeit aller Hände bedürfte, ist bezeichnend für den Geist, der jetzt durch manche Volkschichten geht. Über die wirklich gezahlten Löhne und über die wirkliche Lage der arbeitenden Klassen herrscht eine erschreckende Unkenntnis. Manche Blätter sehen ihre Aufgabe anstrengend darin, die weiteren Volkschichten im Dunkel über die Verhältnisse der Arbeiterschaft zu lassen, um auf diese Art und Weise die Stimmungen besser gegen die Arbeiter auszulösen zu können.

Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften beschreibt in seiner letzten Nr. ebenfalls mit der Lohnfrage und muss leider auch feststellen, daß die Heze gegen die Arbeiterschaft geradezu widerlich ist. Es führt dann fort:

„Bei solcher Lage kommt die Arbeiterschaft nicht daran vorbei, die Dinge auch einmal unter einem breitem Gesichtswinkel zu betrachten. Es muß einmal allen Ernstes die Frage aufgeworfen werden, in welchem Verhältnis denn überhaupt heute die Lohnarbeit oder richtiger die Handarbeit zu den übrigen Funktionen des gewerblichen und allgemein wirtschaftlichen Prozesses steht. Und da nun wird jeder unsorgfame Beobachter eingesehen müssen, daß sich da eine sehr bedeutsame Verschiebung zugunsten der Handarbeit unter dem Druck des Krieges vollzogen hat. Ist sie schon in normalen Zeiten leicht ausschlaggebend, so ist sie es jetzt doppelt und dreifach. Heute werden die Rohstoffe auf den wichtigsten Gebieten großenteils von den Rohstoffen zur Verarbeitung gestellt oder doch durch sie vermittelt. Die Funktion des freien Unternehmers hat daher schon in dieser Hinsicht für die Zeit des Wirtschaftskrieges infolge des Krieges an Bedeutung verloren. Sie hat es auch sonst. Dem Stoffen und der Initiative des Unternehmers, die sonst die Welt umspannen und seiner Wirtschaftsfunktion die Hauptgrundlage geben, sind die Tore verbarrikadiert. Sie müssen sich nicht befreien.“

## Unsere Löhne erzwingen den Frieden!

Bis dahin heißt es ausharren und ihnen helfen!  
Wer helfen will, beteilige sich an der  
Kriegsanleiheversicherung der  
Deutschen Volksversicherung.

## Die Löhne sind auf großen Gebieten in ganz phantastischer Weise in die Höhe getrieben worden.“

„Deutsche Arbeitgeberzeitung.“

Der Gedanke der Notwendigkeit eines starken Zusammenseins aller deutschen Volksgruppen zu einem einheitlichen Ganzen, um den ungeheuren Sturm unserer Feinde beseitigen zu können, hatte zu Beginn dieses Krieges im Burgfrieden eine seife Gestalt angenommen. Leider blieb dieser notwendige Zusammenhang nicht gewahrt. Die deutsche Arbeiterschaft, die von vornherein auf das Mittel des Streiks zur Erringung besserer Löhne und Arbeitsverhältnisse im Interesse des Volksganzen und unter Zurücksetzung des Standesinteresses verzichtete, hat nun das bewahrt, was sie versprochen. Daraus können auch einige Rutschte, die von radikalen Elementen angezettelt wurden, nichts ändern. Leider scheinen die anderen Stände und vor allem das Unternehmertum auf eine Zusammenarbeit mit der Arbeiterschaft keinen großen Wert zu legen. Ja, es kann soweit, daß ein bedeutender Teil des Unternehmertums schärfste Kämpfansagen erlich gegen die deutsche Arbeiterschaft, die infolge der drückenden Not des Krieges höhere Löhne als Ersatzminimum wünschte. Besonders seitdem das „verdammte Hilfskriegsgesetz“, wie Geheimrat Duisberg es nannte, den Arbeitern einen geringen Teil der ihnen zustehenden Rechte gab, folgte Sturm auf Sturm des Unternehmertums gegen die Arbeiter.

Den Ton gab dabei natürlich die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ an, die seit Jahr und Tag in ihren Spalten die grösste Schermacherie fordert. Die Art und Weise, wie sie das tut, erinnert oft bedenklich an den Martion, den sie dann vorzüglich trifft. In Verteilungsermittlungen hält

staatlicher Beeinflussung. In Erwerbszweigen wie beispielsweise die Schuh- und Lederindustrie unterscheidet sich das Unternehmerverhältnis heute kaum vom Angestelltenverhältnis. Anderswo ist es ähnlich. Die Arbeitsmethoden werden durch die Kriegsnotwendigkeiten in weitem Umfange uniformiert; auch da scheidet das eigentliche „Unternehmen“ vielfach aus. In manchen Branchen geht die Unternehmefunktion heute kaum über das Kurverfügungstellen von Maschinen und Werkzeugen hinaus. Dabei bringt die Zusammenlegung der Betriebe unter der Wirkung des Hilfsdienstgesetzes wiederum vielen Unternehmern Erleichterungen, die sie als Unternehmer im eigentlichen Sinne doch kaum als eigenes Verdienst in Anspruch nehmen können. Während beträgt also die Bedeutung dieser Funktionen einschließlich, erhöht sich der Wert der Handarbeit auf wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiete — denn wir kämpfen ja um die Erhaltung unserer staatlichen und nationalen Existenz — außerordentlich. Auf ihr, auf den Leistungen der Handarbeit, beruht heute nahezu alles, insbesondere das Gelingen unseres Existenzkampfes, denn ein schlecht bedientes Heer geht trotz höchster Kraftleistungen zugrunde. Und da sollte die Handarbeit ruhig zuschneien, wie die Kriegsgewinne der Unternehmer und Händler anschwellen, und selbst nur immer wieder entsagen, verzichten, um schließlich förmlich zusammenzubrechen?"

Der Arbeiter kann mit seinem Lohn sich oft nicht einmal das kaufen, was er zur Lebensnotdürft notwendig braucht, zumal wenn er eine zahlreiche Familie zu ernähren hat. Diejenigen Arbeiter, die einen ausländischen Lohn beziehen, sind so selten wie Ringeltauben. Die Bezirksleiter unseres und des deutschen Metallarbeiterverbandes in Bayern stellten gegenüber einer Rede des Baumeisters Dr. Heim über die hohen Löhne der Arbeiter folgendes fest:

Nur einige wenige Spezialarbeiter erreichen in München und Nürnberg den Höchstlohn von 18 Mark pro Tag. Der höchste in Berlin festgestellte Lohn eines Spezialarbeiters beträgt 32 Mark pro Tag. Neben ihm ist nur noch ein Arbeiter mit 26 Mark bekannt, dann geht der Salz schnell abwärts auf 19 Mark für eine dünne Oberfläche der Werkzeugmacher; Arbeiter der gleichen Spezialgruppe verdienen in München in der Regel 11—14 Mark, in Nürnberg, Augsburg, Schweinfurt 10 bis 13 Mark pro Tag. Eine große Anzahl tüchtiger Handarbeiter (Schlosser) hat vor Kriegsausbruch 7—9 Mark pro Tag im Allfond verdient, jetzt tragen dieselben 8—10 Mark verdienten. Also nur 1—2 Mark mehr als ehedem. Wir führen aber auch den Nachweis, daß reklamierte Schlosser in Bayern noch dieses Jahr mit 4 Mark pro Tag wieder eingestellt wurden.

In einem Nürnberg er Großbetrieb wurden für erwachsene Arbeitnehmerin in diesem Jahre pro Stunde noch unter 30 Pf. bezahlt. Die Stundenlohn der Hilfsarbeiter gehen bis zu 30 Pf. und für Arbeitnehmerin sogar unter 20 Pf. pro Stunde herab. Etli die Gegenüberstellung der unteren Lohngrenzen ermöglicht ein Bild über die tatsächlichen Lohndifferenzen. Die Münchener Ortskonsortial, die etwa 90 Prozent aller Betriebe umfasst, hat im Dezember 1916 für 78,09 Prozent ihrer Mitglieder einen Tagesverdienst bis zu 5 Mark ausgewiesen und nur 21,01 Prozent über 5 Mark Lohn pro Tag.

Und wie in Bayern, so liegen die Verhältnisse auch in den anderen Bundesstaaten. Die Berichte der Betriebsgenossenschaften für das Jahr 1916 geben ein Bild der Löhne in den einzelnen Berufen.

## Bauaufgaben

	1916	Wehr Mehr geg. 1915	1915	1914	1913	1912
		Flügel				Flügel
Kreisräte für Eisen u. Stahl						
Berlin . . . . .	1855	215	11,4	1640	1326	1321
Hütten u. Walzwerke Eisen	2270	294	12	1976	1748	1734
Hofbauamt Eisen u. Stahl						
Hannover . . . . .	1903	47	2,6	1756	1512	1517
Ministerien und Klein- Eisen-Judiciale . . . . .	1745	184	10,5	1539	1426	1423
Silberminen Eisen u. Stahl						
Wiesbaden . . . . .	1567	138	8,8	1429	1310	1336
Großherzogtum Eisen und Stahl, Cöpping . . . . .	1449	124	8,4	1325	1235	1277
Sachsen Eisen u. Stahl						
Dresden . . . . .	1330	113	8,8	1226	1148	1151
Württembergische Eisen						
Stuttgart . . . . .	1512	177	8,8	1418	1303	1303

So stellen sich die Durchschnittszahlen in den Berufs-  
gewerken und in den Betrieben der Städte dar. Das Jahr 1913 haben  
wir als Ausgangsjahr gewählt, weil es noch Friedens-  
und Friedensjahr war. Die höchste Erwerbszahl gegenüber  
dem Jahre 1916 weist Berlin mit 49 Prozent auf, die  
niedrigste ist im Lande des wirtschaftlich schwächeren Brandenburg  
mit 9 Prozent. Die Organisation, die jetzt auch im „so-  
zialen Zentrum“ gute Fortschritte macht, wird auch hier,  
wohl die Kollegen ihren und jetzt ganz freudigen Beitrag,  
zum Schutze der Arbeitnehmer leisten.

Diese Schenkungen mit dem höchsten Prozentsatz von 49 Prozent bis bekannte Freunde „Monteagle's Güter“, „Haus der Freuden“ und „Haus Christus“. Diese Fortschreibungen könnten beliebig aus der „Deutschen Erbengesetzgebung“ und anderen Drucken heruntergeschnitten werden. Mit ungenauem, verschleiertem Titel kann man die Dejektivsätze nicht leicht unterscheiden. Sofern hierbei geschützte Namen hinzugekommenen Bergkästen ist aber mit den Durchsichtsberichtigungen die zentralestelle für Erhaltung der Schenkungstypik von 1914-1917, durch welche hier einiges Recht habe. Die unten angeführten Namen sind Schenkungsgegner, d. h. es ist verboten, die 1914 bei verschiedenen Gegebenheiten einer verschwommenen Form und ganz lassen die nationellen Schenkungen in Frage kommen. Die hiesigen Schenkungstypen, Eltern, Kinder, Brüder, Dienst Worte etc., sind vollständig erster

Getracht gelassen. Es ergeben sich von Juli 1914 bis Juni 1917 folgende Wochendegressionen und Steigerungen:

Stadt	Wöchentl. Breslau im Juni 1917 in Mark	Wöchentl. Breslau in Juli 1914 in Mark	Absolute Steigerung in Proz.	Steigerung in Proz.
Altg	63,04	24,63	28,41	115
Bir	55,56	24,75	30,81	124
berg	51,36	25,20	26,12	103
Elau	46,14	23,85	22,29	93
owitz	59,28	25,53	33,75	132
Geburg	55,02	26,19	29,03	110
	54,39	24,60	29,97	121
never	49,29	24,66	24,63	99
abrück	53,28	24,33	28,95	114
tmund	53,10	24,75	29,35	118
en	55,41	26,58	28,83	108
	57,48	27,51	29,97	108
burg	61,26	27,03	34,23	126
eldorf	62,52	26,43	36,09	135
	58,53	26,98	32,55	125
brücken	55,35	26,22	29,13	111
etg	52,13	25,02	27,11	108
chen	46,65	25,74	20,91	81
berg	52,93	25,26	26,97	106
aniz	53,37	23,67	29,70	125
lvert	46,84	23,82	23,01	96
Strube	54,57	26,25	28,32	107
nheim	51,45	23,25	28,20	121
leim	55,32	25,29	30,03	118
bach	57,69	26,79	30,90	113
nen	58,68	25,17	33,51	133
burg	52,08	24,36	27,72	113

Diese Berechnungen sind noch eher zu niedrig als zu hoch, zumal bei ihnen nur der Preis der rationierten Lebensmittel zu Grunde gelegt worden ist; für sehr viele Lebensmittel aber ist der Höchstpreis nur der schwere Mantel, der ein teures Stild billig erscheinen lassen soll. Zwischen der höchsten prozentuellen Steigerung der Löhne, wie wir sie in Berlin sehen aus dem durchschnittlichen Stand der wöchentlichen Ausgaben für Lebensmittel lässt ein Unterschied von über 70 Prozent.

Diese Kritik ist noch nicht durch Lehnsfrigerungen gestellt. Trotzdem hört man von vielen Seiten das Gesäyrei über die unbedeckten Arbeiter. Es steht wahrscheinlich fest, daß sich mancher aus den übrigen Städten die Statistiken etwas genauer ansieht, bevor er seine „Weisheit“ von Stapel zieht.

Die Arbeiterschaft wird sich durch den Kampf, der von allen Seiten gegen sie heraufbeschworen werden soll, nicht abhalten lassen, ihre Rechte mit aller Energie zu verteidigen und das zu erlangen, was sie zur Lebensnotdurft beschreibt. Ohne den Verband wird die Arbeiterschaft kaum etwas erreichen. Mit dem Verband aber hat sie schon große Erfolge erzielt, die sich noch hätten vertiefern lassen, wenn nicht wie ein Hemmungsdruck viele Unorganisierte sich den berechtigten Bestrebungen der Arbeiterschaft entgegenstellten. Da gilt es, mit aller Kraft einzufeiern. Se stärker der Verband, um so eher wird auch das Lohnproblem einer Lösung entgegengehen, die für die Arbeiter günstig sein wird.

## Allgemeine Rundschau

## Kriegsgewinne

Sieghausen Beder A. G. in Billig Wohl. Der Abschlus für das Geschäftsjahr 1916—17 ergibt einen Überschuss von 11 936 364 (i. E. 8 322 324) Mark. Die Wöschereibungen wurden auf 3 305 689 (1 506 646) Mark bemessen. Es verbleibt ein Steingewinn von 6 628 641 (5 036 608) Mark. Daraus sollen 25 Prozent Dividende auf 16 Millionen Mark Aktienkapital gegen 30 Prozent auf 8 Millionen Mark Aktienkapital im Vorjahr gezahlt und 1 630 301 Mark auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Bereinigte Stahlwerke von der Bönen und Wissener Eisenhütten AG. Köln-Denk. Das Geschäftsjahr 1916-17 erzielte ein Gewinn aus dem Geschäftsbetrieb 17 394 076 (17 322 622) Mark. Nach Berechnung der Abschreibungen auf 5 332 861 (3 763 744) Mark ergibt sich einschließlich eines Gehaltsfortrages aus dem Vorjahr von 1 163 789 (1 163 789) Mark ein Gewinnsaldo von 8 125 004 (8 122 666) Mark, von dem 25 (25) Prozent Dividende gleich 4 250 000 Mark bereicht, 1 000 000 Mark an Kriegsfürsorge für Werksangehörige, 250 000 Mark an Arbeitserhaltungsfürsorge, 100 000 Mark für den Beamtenpensionsfonds, 150 000 Mark für Belehnungen an Angestellte, 453 122 Mark als Gewinnanteile des Aufsichtsrates 508 093 Mark als Gewinnanteile des Vorstandes gezahlt und 1 163 739 Mark auf neue Verluste hinzuzurechnen werden sollen.

Wagnissachen A.G. Tügter in Düsseldorf-Wedderich. Der Gesellschaftsvertrag ergibt noch Abweichungen von Wert 428 325 (121 659) einschließlich eines Beitrages von Wert 32 600 (26 564) einen Steingewinn von Wert 290 559 (122 436). Bergepfänden wird, zur Rüdige Wert 16 000, dem Unternehmens-Besond Wert 56 000, dem Gewährleistung-Besond Wert 50 000 zu übertragen, eine Dividende von 10 Prozent gleich Wert 100 000 auszuzahlen (in Vorjahr 5, vor zwei Jahren zahlt, vor drei Jahren 5 Prozent) und nach Absang der Gewinnanteile von Wert 47 934 Wert 27 525 auf diese Rechnung vorzutragen.

Die Ziessfitter und Vergleichte AG. bes. vorw. Dr. Schäffer u. Co. in Grünheide, eine der vergrößerten während des Krieges aus Haberjägeren hergestellten Erwerbungen der Geschäftsförst Gießerei, hat bis in 1916—17 fast entwidelt. Der Rückstand liegt auf Wert 2 272 291 (929 000). Nach Abzugsergebnissen von Wert 692 052 (539 789) und nach einer Gewinnzurverfügung für verpunktete Abhandlung von Wert 200 000 (0) beträgt der Weizengroßen Wert 897 823 f. z. Verlust Wert 147 737. Da wird eine Dividende von 8 Prozent (0) auf die Aktien und eine jährliche von 5 Prozent (0) gleich je Wert 250 auf die Gewinnzertifikate verteilt. Gegenüber Wert 6 Millionen Rossmarkt und Wert 7,83 Mill. Pflichten haben die Aktien mit Wert 6,99 (7,90) Mill. die Befände mit Wert 3,22 (3,65) Mill., die Debitoren mit Wert 4,01 (0,72) Millionen zu Buch.

Altmendorfer Papierfabrik A.-G. in Radebeul. Dieses Unternehmen der Papierherstellung, das schon im Geschäftsjahre 1915—16 seine Dividende von 17 Prozent wieder auf 26 Prozent erhöhen konnte, konnte in dem am 30. Juni beobachteten Geschäftsjahre 1916—17 eine Steigerung des Ergebnisses aus dem Verkauf von Papier auf 6 180 104 (4 587 442) Mark ausweisen. Die Geschäftslage der Papierindustrie hat sich im Berichtsjahr für das Unternehmen weit über die besten Friedensjahre hinaus verbessert, was auch in dem mit 36 Prozent im Vorschlag gebrachten Dividendenauschluß zum Ausdruck kommt. Die Herstellungskosten steigerten sich im Berichtsjahr 1916—17 auf 4 751 489 (3 556 805) Mark. Nach Abzug der Versicherungsbeträge, der Zinsen für Teilschuldenabschreibungen und der Abschreibungen von 250 838 (250 803) Mark ergibt sich ein Überschuß von 1 581 098 (1 093 730) Mark, und zwar einschließlich des Vorrtages von 459 272 (361 143) Mark.

Auf dem Papiermarkt ist eine große Versteuerung eingetreten, aber diese Teuerung scheint für die Papierfabriken sehr segensreich zu sein.

Auch bei den anderen Berufen sehen wir Hochkonjunktur und große Gewinne, die es wohl ermöglichen, dem Arbeiter, der jetzt schwer unter den Kriegsverhältnissen leidet, einen höheren Lohn zu gewähren. Leider steht der Lohn in den meisten Berufen noch auf einer niederen Stufe. Die Organisation hat hier schon manche Verbesserungen einführen können; noch mehr wäre erreicht worden, wenn die Unorganisierten sich den Bemühungen der Gewerkschaften nicht hindernd in den Weg stellten. Da gilt es für die Kollegen, unermüdlich in der Werbearbeit tätig zu sein.

## Die Internationale gegen Deutschland

Die von der deutschen Sozialdemokratie vor dem Kriege so verhütschelte Internationale hat sich als die grimmigste Gegnerin Deutschlands erwiesen, die vor keiner Verleumdung und keinem Chauvinismus zurückgeschreckt. Was die französischen und englischen Sozialisten wollen, haben wir vor kurzem gezeigt. Sie wollen Deutschland besiegen vom Militarismus, der nun freilich bei ihnen selbst in viel stärkerem Maße anzutreffen ist, als bei uns. Während Deutschland und Österreich vom Jahre 1905—1914 insgesamt 19 Milliarden ausgaben für Heer und Marine, stellten sich die Ausgaben Englands, Rußlands, Frankreichs und Italiens auf nicht weniger als 42 Milliarden Mark, von denen auf Konto Englands allein fast 14 Milliarden entfielen. Trotzdem wird die ganze Welt überschüttert mit dem Borte „Deutscher Militarismus“; gedankenlos beten die neutralen Staaten, eifrig unterstützt von der Sozialdemokratie jener Länder, die Phrasen nach und selbst bei uns glaubt mancher wunderbar welche Weisheit verzahft zu haben, wenn er möglichst viel gegen den „Militarismus“ redet. Ohne den deutschen Militarismus wäre Deutschland längst vom Erdboden weggefegt. Die Berechnungen und „wissenschaftlichen“ Schreibereien über Rüstheere schmilzen wie Butter vor der Sonne, wenn man ihnen mit etwas Pfeilspitze auf den Leib rückt. Wir, die wir eingefüllt sind zwischen Staaten, deren Prinzip, wie bei Frankreich, der Raub deutscher Länder ist, können ohne dieses Volksheer, wie wir es seit je in Preußen seien, nicht auskommen.

Und gerade da will die Internationale den Schub ansetzen. Verbreitung des Militarismus ist gleichbedeutend mit Unterdrückung deutscher Wirtschaftsfreiheit, denn wie soll sie verteidigt werden, wenn man uns alle Tore zum Weltmarkt verschließen möchte.

Das letzte Ziel der Internationale ist ja der Ruin der deutschen Wirtschaft zum größeren Heile des ausländischen Kapitals. Dass dabei der deutsche Arbeiter unter die Räder kommt, dass Arbeitslosigkeit und Knappheit Löhne in jedem Arbeiterhaushalt einzischen würden, schert diese „Weltfriedensgenossen“ einen blassen Teufel.

Die deutsche Arbeiterschaft in der Heimat wird darauf die gebührende Antwort schon geben. Unentwegt arbeitet sie in den Werftstätten, rettet unser Vaterland und damit auch die eigene Existenz gegen Haß und Neid unserer Feinde zu sichern.

Sie können uns nicht boykottieren.

Der Kampf Englands gegen uns ist seit Kriegsbeginn vollständig auf ein Ziel eingestellt; wirtschaftliche Isolierung Deutschlands und damit Vernichtung des gehätschten Weltmarktkonkurrenten. Aus dem Stunde versucht England auf den Wirtschaftskonferenzen seine Verbündeten für den Plan, Deutschland zu boykottieren, zu gewinnen, aus dem Grunde umschließt es seine besten Kolonien mit einem Hochzollnez. Nun ist der Welthandel aber keine mathematische Formel, die man nur mit ja oder nein beantworten kann; sondern ein ungeheuer verzweigtes Gewebe, bei dem derartig viel zu berücksichtigen ist, daß man es nicht mit einem Federstrich abtun kann. Die besonnener Denkenden unter unseren Feinden erkennen denn auch, daß ein wirtschaftlicher Ausschluß Deutschlands vom Welthandel nicht möglich ist. In der „Revue d'Economie Politique“ beleuchtet der Pariser Universitätsprofessor und Nationalökonom Ch. Gide diese Forderung Englands, kommt aber zu dem Resultat, daß ein Boykott der Mittelmächte nach dem Weltkriege unvermeidlich ist.

Das ohne Zweifel sehr interessante Bekenntnis ist in fünf Thesen gezeigt: „1. Unter den Mächten der Mittelmächte sind viele, mit denen uns die stärksten Sympathien verbinden: Tschechen, Dänen, Polen, Serben, Rumänen, Italiener, gar nicht zu reden, von den Elsäß-Vogtlingern. Sollen alle diese Freunde (?) durch den Vanspruch des Reichs zugleich mit den Feinden ruiniert werden? 2. Nach dem Kriege werden die Deutschen ihre Industrieerzeugnisse „neutralisieren“: Die Worte „Mode in Deutschland“ wird verschwinden. Die deutschen Waren werden von zillalen deutscher Firmen, die bereits in den neutralen Ländern etabliert sind oder durch pseudoneutrale Händler, die sich in den Verbundsländern niederlassen, verkauft werden. 3. Ein Verteilungssystem ist nur dann wirksam, wenn der Ring der Verbundsmächte nach dem Kriege unzerbrechlich ist. Werde aber eine Macht unterlaufen, so hätte sie den ungeheuren Vorteil, allein für sich den Platz auszunehmen, den die anderen Mächte leer gelassen haben. Ein einziger Verteilungsgegner also sogleich den Zusammenbruch des Reichs nach sich. Wenn man sieht, wie schwer unter dem Druck des Krieges die Einheitsfront herzustellen ist, so bleibt wenig Aussicht zu sein, sie im Frieden zu schaffen und lange Zeit aufrecht zu erhalten. Ferner wird, wenn man die Einführung aus Deutschland unterbindet, auch unser

Ausfuhr dahin aufhören. Es wäre aber für Frankreich keine Kleinigkeit, die Rundschau Mittteleuropas zu verlieren (9). Frankreich verkauft jährlich für fast 1 Milliarde an Deutschland-Ostereich, fünfzehnmal so viel als an Russland, Russland und Italien, die mehr als die Hälfte, bzw. mehr als ein Drittel ihrer Ausfuhr in Mittel-Europa unterbrachten, sind in noch schwierigerer Lage. Unter einem Verlust der Mittelmächte würden nicht nur die französischen Verbraucher, sondern vor allem auch die Erzeuger schwer leiden. Die Eisenindustrie kann deutschen Folks, die Landwirtschaft deutliches Kali nicht entbehren. In diesen Stoffen, wie auch in vielen anderen Fabrikaten und Halbfabrikaten hat Deutschland bisher ein Monopol gehabt. Ferner begünstigt der schlechte Wechselturs außerordentlich die deutsche Ausfuhr nach den neutralen Ländern, indem Deutschland dort zu etwa 70 Mark verkaufen kann, was im eigenen Lande 100 Mark kostet. Es besteht daher die Gefahr, daß die Waren des Verbandes in den neutralen Ländern durch Unterbietung aus dem Felde geschlagen werden, so daß die Verbandsländer nicht nur die 7 Milliarden, die ihre Ausfuhr nach den Ländern Mittel-Europas ausmache sondern auch ganz oder zum Teil die Ausfuhr nach den neutralen Ländern im Werte von 20 bis 25 Milliarden verlieren würden. 5. Eine wirtschaftliche Einführung der Mittelmächte wäre das sicherste Mittel, die so sehr befürchtete (1) wirtschaftliche Vereinigung unter ihnen herbeizuführen und ihnen außerdem sämtliche Balkanstaaten und vielleicht sogar die Staaten an der Ostsee in die Arme zu treiben."

Deutsch ausgedrückt heißt das nichts anderes, als: Sie kriegen uns nicht unter. Wir wissen, daß unsere Feinde vergeblich gegen uns antreten. Deutsche Lüdigkeit und deutsche Volkskraft werden den Sieg erringen.

### Zeichnet Kriegsanleihe!

Ehrlich war das Friedensangebot unserer Regierung, ehrlich dasjenige der deutschen Volksvertretung. Aber nur Hohn und Spott hätten unsere Feinde als Antwort auf beide übrig. Statt des Friedens hatten sie nur wahnsinnige Eroberungspläne zur Hand. Und das in einer Zeit, in welcher wir im Westen alle Angriffe ehern abstoßen, im Osten den tönernden russischen Koloss in Scherben schlagen, während unsere Unterseeboote tapflos die Lebensnerven unserer Feinde abschnüren. Die Kriegslage ist also derartig, daß wir uns über die Ablehnung unserer Friedensangebote nicht zu grämen brauchen. Wir müssen eben jetzt den Frieden erzwingen, und wir werden ihn erzwingen.

So ist die jetzige 7. Kriegsanleihe eigentlich eine Friedensanleihe. Wer er nun irgend kann, muß sich an dieser beteiligen. Allerdings beträgt auch jetzt die geringste Bezeichnungsmöglichkeit wieder 100 Mark. Aber schon mit dem vierten Teil dieses Betrages, mit 25 Mark, ist es möglich, Kriegsanleihe zu zeichnen, wenn man sich der Kriegsanleihe-Versicherung unserer gemeinnützigen Deutschen Volksversicherung bedient. Man zahlt einfach 25 Mark durch besondere (von allen Rechnungsstellen oder der Verbandsgeschäftsstelle erhältlichen) Postscheckzahlkarte ein und versichert gleichzeitig sich selbst, seine Frau oder eines seiner Kinder (über 7 Jahre alt) nach Tarif 2 der Deutschen Volksversicherung mit 15jähriger Versicherungsdauer. (Diese Anträge müssen den Werner: „Kriegsanleiheversicherung“ tragen.) Die Volksversicherung schließt dann die übrigen 73 Mark, die bei einem Einzahlungskurs von 98 Prozent auf 100 Mark Bezeichnung noch fehlen würden, zinsfrei vor, wofür ihr die gezeichnete Kriegsanleihe verpfändet wird.

Für diese 73 Mark wird die Versicherung auf die Dauer von 15 Jahren abgeschlossen. Nach Ablauf dieser Zeit erhält also der Versicherte die volle Kriegsanleihe von 100 Mark ausgehändiggt. Stirbt er vorher, so wird die gesamte Kriegsanleihe schon bei seinem Tode zur Aushändigung fällig. Der Versicherungsbeitrag, der für jede restlichen 73 Mark gezahlt werden muß, ist sehr mäßig und richtet sich nach dem Eintrittsalter. Er beträgt z. B. für Kinder von 7–15 Jahren nur 32 Pfennige monatlich, bei einem Eintrittsalter von 30 Jahren nur 34 Pfennige monatlich.

Selbstverständlich kann man auf diese Weise nicht nur 100 Mark zeichnen, sondern auch ein Vielfaches davon, z. B. 200, 300, 500, 1000 bis zu 2700 Mark. Die erste Einzahlung beträgt dann 50, 75, 125, 250 bis zu 675 Mark, und ebenso betragen die Versicherungsprämien dann für Kinder 0,64, 0,96, 1,60, 3,20 bis zu 8,64 Mark und für 30jährige Personen 0,68, 1,02, 1,70, 3,40 bis zu 9,18 Mark monatlich.

Eine derartig günstige Bezeichnungs- und Versicherungsmöglichkeit, die nur aus dem wirklich gemeinnützigen Charakter unserer Deutschen Volksversicherung zu erklären ist, findet sich so leicht nicht wieder. Vaterländische Pflicht und Familienfürsorge vereinen sich hier zu der Wahrung: Zeichnet Kriegsanleihe bei unserer Deutschen Volksversicherung!

### Qualitätsarbeiter nach dem Kriege.

Der Krieg hat auf vielen Gebieten unsere Industrie zu weitgehendster Entstellung auf Herstellung von Einheitsware in großen Massen gedrängt und der Friede wird hier zweifellos eine Rückwärtsentwicklung notwendig machen, bei der wieder größeres Gewicht auf Herstellung hochwertigster Sonder-Erzeugnisse gelegt werden wird. Damit wird der schon vor dem Kriege stetig vorhandene gewesene und selbst im Kriege noch gewachsene Mangel an Qualitätsarbeitern eine weitere Verstärkung erzielen. Diesen Mangel an Qualitätsarbeitern nach dem Kriege wirksam zu bekämpfen, dürfen Staat und Industrie weder Mühe noch Kosten scheuen. Der Staat wird an die Steuerkraft seiner Bürger voneinander so große Anforderungen stellen müssen, daß die geringe hier in Frage kommende Mehrbelastung kaum ins Gewicht fallen dürfte. Die Industrie ihrerseits hat, wenigstens soviel die Maschinenindustrie in Frage kommt, ausreichende Gelegenheit erzielt, um ohne weiteres größere Beträge für die Arbeiterausbildung zur Verfügung stellen zu können. Auf der anderen Seite ist die Frage für die Industrie selbst von so einschneidender Bedeutung, daß sie wohl kaum Gelegenheit finden dürfte, je wieder Kapitalien mit so großer Aussicht auf reichliche Verzinsung anzulegen. Ja eingehender Untersuchung der Frage, ob denn wirklich nach dem Kriege ein so wesentlicher Mangel an Qualitätsarbeitern auftreten wird, das jetzt besondere Maßnahmen vorbereitet werden müssen, weist in der Wochenschrift „Der Sozialist“ Ing. Prof. E. Tonssaint nach, daß der Bedarf an Qualitätsarbeitern schon während des Krieges ganz bedeutend gestiegen ist und nach dem Kriege bei der Umstellung auf die Friedensarbeit noch weiter erheblich stei-

gen wird. Je größer nämlich die Zahl ungelerner oder gar weiblicher Arbeitskräfte im Betriebe wird — und das ist während des Krieges in großem Maßstabe geschehen und wird nachher kaum viel anders werden — um so mehr wird die Nachfrage nach Erfüllern steigen, d. h. nach solchen Arbeitern, die für eine ganze Gruppe der erwähnten Arbeiter geringeren Grades die Werkzeugmaschinen einstellen, an den bei der Arbeit in Umlösung geratenen die aufgetretenen Fehler beheben, die nötigen Werkzeuge und Vorrichtungen aufzurichten können, ohne die also der ungelehrte Arbeiter hilflos ist. Ist so die Frage nach dem sicher eintretenden Bedarf geklärt, so muß des weiteren untersucht werden, wie es mit dem Nachwuchs steht. Diese Frage ist so ernst, daß die beteiligten Kreise in dieser Beziehung äußerst trübe in die Zukunft blicken, denn wir haben während des Krieges in der Tat kaum Lehrstätte ausgebildet. Auch die Fortbildungsschulen haben stark unter dem Kriege gelitten. Zur Behebung dieser Mißstände fordert Tonssaint, daß der Staat durch Gewährung reicher Gelegenheit zur theoretischen Bildung, die Industrie durch Schaffung von Lehrwerkstätten innerhalb oder außerhalb der Betriebe und durch freigiebige Bereitstellung ausreichender Etappenlizenzen zu einer nachträglichen weitgehenden Fachausbildung bielen müsse. Dazu wird nach seiner Ansicht auch die Heraussetzung der Altersgrenze für den Fortbildungsschulbesuch für die Übergangszeit erforderlich werden. Ferner wird die Frage der Erziehung der aus dem Felde heimkehrenden erwachsenen Arbeiter zu einer geregelten Tätigkeit eines fortgesetzten Studiums bedürfen. Man muß ihnen Gelegenheit schaffen, sich neben der Fachbildung in der Werkstatt theoretisch weiterzubilden. Genügt aber für die Ausbildung der Lehrlinge ein vielleicht etwas erweiterter Fortbildungsschulunterricht an einigen Nachmittagen der Woche, so wird man hier zur Errichtung von Tagesschulen zu streiten haben. Nicht nur die Meister, sondern auch die Betriebshilfsbeamten, aus denen sich später die Vertriebsingenieure entwickeln sollen, bedürfen einer anderen Ausbildung, als es die ist, die man ihnen in den Betrieben selbst verhaffen kann.

## Zeichnet Kriegsanleihe durch die Deutsche Volksversicherung!

### Die Deutsche Volksversicherung A.-G.

Eine erfreuliche und überaus wichtige Neuordnung hat die gemeinnützige Deutsche Volksversicherung getroffen. Durch Beschluss des Aufsichtsrates wurden aus den angeschlossenen Vertragsorganisationen 6 Vertreter der Versicherten in den Vorstand berufen. Diese Maßnahme ist von grundsätzlicher Bedeutung und auch für die Versicherten von außerordentlicher Wichtigkeit. Der Vorstand sieht sich nunmehr zusammen aus 6 ehrenamtlichen und den bisherigen 2 hauptamtlichen Mitgliedern. Die ehrenamtlichen Mitglieder gehören ohne Ausnahme den der Deutschen Volksversicherung angeschlossenen sozialen und wirtschaftlichen Organisationen an.

Durch keine Maßnahme konnte der Charakter der Deutschen Volksversicherung besser betont werden als durch diese. Die Berufung von Männern in den Vorstand, die im lebendigen Strom ihrer Betriebs- und Standesherrung stehen und dadurch mit den Interessen der Versicherten auf engste verwachsen sind, verschreibt eine ausgezeichnete, den Verhältnissen nach allen Richtungen hin Rechnung tragende Mitwirkung an der Verwaltung.

Es braucht nicht hervorgehoben zu werden, daß der Geist der bisherigen Geschäftsführung sich genau in diesen Bahnen bewegte; durch die Neuordnung wird jedoch das innigste Zusammenarbeiten zwischen dem großen Kreis der Mitarbeiter und der Deutschen Volksversicherung sichergestellt und der innere Zusammenhang gefördert. Die seit Gründung der Deutschen Volksversicherung bestehende Wissicht ihres gemeinnützigen Charakters auch durch die Einbeziehung von Vertretern der Versicherten in den Vorstand zu betonen, ist also nunmehr verwirkt.

Das Vertrauen zu der Deutschen Volksversicherung erfährt durch diesen Beschluss des Aufsichtsrates innerhalb der Mitgliederkreise der angeschlossenen Vertragsorganisationen eine weitere Stärkung; kommt ihnen damit noch erneut zum Bewußtsein, daß die gemeinnützige Deutsche Volksversicherung ihr eigenes Unternehmen ist, mit dessen Interessen sie auf Gedächtnis und Verstand verbunden sind. Nach allem hoffen wir, daß die Wertheitigkeit für die Deutsche Volksversicherung nicht nur in ihren bisherigen günstigen und soliden Bahnen erhalten bleibt, sondern einer weiteren erheblichen Steigerung entgegengeführt wird. Die Versicherten haben das Bewußtsein, daß ihre Interessen nach streng gemeinnützigen Grundsätzen vertreten werden, ohne daß die Konkurrenzfähigkeit der Deutschen Volksversicherung darunter leidet.

### Zuwendung an Stießkinder des Kriegsgefallenen

Nach dem Militärhinterbliebenengesetz vom 17. Mai 1907 sind Waisen- bzw. Kriegswaisengeldberechtigt nur die ehemaligen und legitimierte Kinder der an einer „einfachen“ Dienstbeschädigung oder Kriegsdienstbeschädigung verstorbenen Kriegsstillnehmer.

Zum Ausgleich von Härten, die sich bei der Anwendung des Gesetzes ergeben haben, kann bis auf weiteres auch an Stießkinder der im Kriege Gefallenen oder an Kriegsdienstbeschädigungen Verstorbene eine einmalige Zuwendung gezahlt werden, wenn der Verstorbene für sie bis zum Eintritt in das Heer oder bis zu seinem Tode wie ein Vater gesorgt hat. Die Absicht des Stießvaters, das Kind wie ein eigenes zu halten, ist namentlich dann anzunehmen, wenn er dem Kind gemäß Par. 1706 des Bürgerlichen Gesetzbuches seinen Namen gegeben hatte. Die Bewilligung der Zuwendung ist auch dann nicht ausgeschlossen, wenn der Vater des vorherigen (unehelichen) Kindes noch lebt, er aber Unterhaltsbezüge nicht gezahlt hat. Der Umstand, daß der naeheliehne Vater eine Abfindung (Par. 1714 Abs. 1 B. G. B.) geleistet hat, steht ebenfalls der Gewährung der Zuwendung nicht entgegen.

Den Stießkindern, d. h. den vorherigen Kindern der

Frau des Gefallenen sowie den Kindern aus einer ersten Ehe der Frau sind bezüglich der Zuwendungen gleichgestellt die an Kindesstatt angenommenen Kinder, also die Kinder, die durch einen vor Gericht oder Notar abgeschlossenen und durch das zuständige Gericht bestätigten Annahmevertrag die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes erlangt haben, und endlich auch Pflegekinder (d. i. Kinder, die nach Aufnahme in den Haushalt wie lebhafte Kinder gehalten werden).

Der Höchstbetrag der Zuwendung, die nur auf Antrag und auch nur, wenn ein Bedürfnis hierzu nachgewiesen ist, im übrigen bis zum vollendeten 18. Lebensjahr der Kinder gewährt wird, beträgt bei Vollwaisen 225 Mark, bei Halbwaisen 150 Mark.

Die Anträge, über die die stellv. Intendanturen entscheiden, sind bei den in fast allen Städten und Gemeinden bestehenden amtlichen Fürsorgestellen, oder bei der Ortspolizeibehörde einzubringen.

### Kanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 16. September, der 33. Wochenbeitrag für die Zeit vom 16.–22. September fällig.

Von der Nr. 53, Jahrgang 1916, unseres Verbandsorgans fehlen zur notwendigen Ergänzung mehrerer Jahrgänge einige Stück. Die Mitglieder und Vorstände der Buchstellen, die diese Nr. noch im Besitz haben, werden gebeten, sie baldmöglichst an die Hauptverwaltung, Duisburg, Seitenstr. 17, einzufügen.

### Arbeitsunterstützung.

Die Mitglieder werden erneut darauf hingewiesen, daß sie in allen Unterstützungsfällen sich sofort beim Vorstand der Verwaltungsstelle zu melden und ihr Mitgliedsbuch abzugeben haben. Die Meldung hat durch das Mitglied selbst, nicht durch den Vertrauensmann zu erfolgen. Die Fristenzeit wird nicht für die zurstellende Zeit, sondern nur vom Tag der Meldung an gerechnet. Es liegt also im eigenen Interesse der Mitglieder sich sofort zu melden, wenn sie rechtzeitig in den Besitz der Unterstützung kommen wollen.

### Aus dem Verbandsgebiet

**Georgsmarienhütte.** Am 28. und 29. August fanden im Gibmehrschen Saale zwei überaus stark besuchte Versammlungen der Arbeiter und Arbeiterinnen der Georgsmarienhütte statt, um zu ihrer Lohnverhältnissen Stellung zu nehmen. Der Leiter der Versammlungen, Stell. Arbeitsschreiber Hagemann, Osramstr., führte einleitend folgendes aus: Der schon lange geäußerte Wunsch aus der Belegschaft der Georgsmarienhütte, zu ihren Lohnverhältnissen Stellung zu nehmen und die so notwendigen Forderungen um Verbesserung aufzustellen, hat endlich erfüllt werden können, nachdem die Arbeiter und Arbeiterinnen einen starken Anschluß an die Gewerkschaften gefunden haben. In den vorigen Woche hat eine Sitzung von Vertrauensmännern aus den einzelnen Betrieben der Georgsmarienhütte stattgefunden, die die Wünsche der Arbeiter genauer festgestellt und zusammengefaßt hat. Die aufgestellten Lohnhöhungen sind in Anbetracht der Tenerungsverhältnisse überausmäßig zu nennen, weshalb erwartet werden muß, daß sie von der Direktion rechtschaffen werden. Die der Versammlung vorzulegenden Forderungen sind zunächst mehr als berechtigt. Es ist unnötig, näher nachzuweisen, wie sehr die Lebensmittel, vor allem Kleidung und andere Bedarfsartikel im Preise gestiegen sind. Demgegenüber ist festgestellt worden, daß auf der Georgsmarienhütte Löhne gezahlt werden, für die jugendlichen Arbeiter von 11 bis 28 Pf., für Hilfsarbeiter über 18 Jahre von 35–47 Pf., für angelehrte Arbeiter von 48 bis 50 Pf., für Magazinisten von 43 Pf., für die gelehrten Handwerker von 47 bis 55 Pf., und für Arbeiterinnen von 27–30 Pf. pro Stunde. Das sind Löhne, die weder mit den heutigen Leistungsvorhältnissen noch mit den Löhnen anderer Werke und Bezirke annähernd in Einklang stehen. Wie sehr die Arbeiter im heutigen Bezirk im Lohne zurückgeblieben sind, geht hervor aus der Veröffentlichung über den Durchschnittslohn von 1915 und 1916 sämtlicher Eisen- und Stahlberufsgenossenschaften, wobei die Nordwestlichen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft, der auch die Georgsmarienhütte gehört, mit nur 47 Mark oder 2,6 Prozent Lohnerhöhung im Jahre 1916 geradezu traurig abschneidet. Die gute Geschäftslage des Georgsmarienhütte-Bereins, der berücksichtigt, in diesem Jahre 10 Prozent Dividende zu verteilen statt im vorigen Jahre 5 Prozent, gestattet eine angemessene Lohnerhöhung durchaus. Redner berief dann die von der Vertrauenskammer ausgearbeiteten Lohnforderungen, die folgende sind: 1. Eine Erhöhung des Lohnes der Arbeiter und Arbeiterinnen, mit Ausnahme der jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren, mit einem Stundenlohn von nicht mehr als 45 Pf. um 30 Prozent, von mehr als 45 bis 55 Pf. von 25 Prozent, von 55 bis 65 Pf. um 20 Prozent und von mehr als 65 Pf. um 15 Prozent. Die Erhöhung soll sich sowohl auf die Stundenlöhne als auch auf Tageslöhne erstrecken und die Tenerungszeitlänge nicht mit in Rechnung gebracht werden. Für die Arbeiterinnen wurde noch besonders gefordert, daß der Lohn bei der Einstellung mindestens 35 Pf. betragen soll. 2. Die Festlegung von Mindestlöhnen für jugendliche Arbeiter bei einem Alter von 14 Jahren 28 Pf., von 15 Jahren 30 Pf., von 16 Jahren 34 Pf., von 17 Jahren 38 Pf. und von 18 Jahren 43 Pf. Ferner wird vorgeschlagen, daß die Maschinisten und andere Arbeitergruppen, die wegen der Eigentum des Betriebes ohne Pause 12 Stunden arbeiten müssen, auch für 12 Stunden entlohnt werden sollen und nicht wie bisher nur für 10 Stunden. Für Überstunden wird ein Zusatz von 10 Prozent vorgeschlagen und schließlich gefordert, daß der bisher übliche Zusatz für Sonntagsarbeit von 25 Prozent allen Arbeitern des Betriebes in voller Höhe bezahlt werden soll.

In der Aussprache ergreifft der Vertreter des deutschen Metallarbeiterverbandes und des Gewerbevereins der Maschinenbauer und Metallarbeiter das Wort. Beide stellen nochmals fest, daß die aufgestellten Wünsche überaus möglich seien und die Erfüllung derselben unbedingt erwartet werden müsse. Wenn die Lohnverhältnisse auf der Georgs-Marienhütte noch so sehr im Argen liegen, dann trage daran das bisherige geringe Interesse der Arbeiter für die Gewerkschaften die Hauptschuld. Die aufgestellte Lohnerhöhung sei notwendig, damit die Arbeiter sich ausreichend ernähren könnten und ihre Arbeitskraft, die bei Herstellung des Kriegsmaterials unbedingt nötig sei, erhalten bleibe. Der bisherige Leiter des Kriegsamts, General Gröner, habe es den Unternehmern auch zur Pflicht gemacht, den Arbeitern ausreichende Löhne zu bezahlen.

Die Versammelten gaben darauf ihre eininstige Zustimmung zu den vorgeschlagenen Lohnforderungen und beantragten den Arbeiterausschuß, sie der Direktion zu unterbreiten. In der Annahme folgender Entschließung kam ebenfalls der einheitliche und entschiedene Willen der Arbeiter, ihre Wünsche erfüllt zu haben, zum Ausdruck:

Die am 28. und 29. August im Saale der Witwe Gissmeyer versammelten Arbeiter und Arbeiterrinnen der Georgs-Marienhütte bringen öffentlich zum Ausdruck, daß ihre Löhne mit den gewaltig gestiegenen Aufwendungen für den Lebensunterhalt nicht anzurechnen mehr in Einklang stehen. Um nicht zu völlig unhalbaren Zuständen zu kommen, halten sie eine durchgreifende Lohnaufsetzung für unbedingt erforderlich. Sie sprechen daher die Erwartung aus, daß ihre durch den Arbeiterausschuß zu übermittelnden Forderungen von der Direktion berücksichtigt und erfüllt werden. Die Versammelten sind sich ihrer großen Aufgabe in gegenwärtiger Zeit als Arbeiter der Schwerindustrie durchaus bewußt. Sie sind gewillt, trotz großer Entbehrungen auch in Zukunft gegenüber unseren Kriegern an der Front und dem Vaterlande ihre Pflicht zu erfüllen und dadurch zur baldigen und glücklichen Beendigung des Krieges nach Kräften beizutragen. Andererseits dürfen sie aber erwarten, daß ihre Lohnverhältnisse eine gründliche der heutigen Zeit und der höheren Arbeit entsprechende Verbesserung erfahren.

Minden. Unsere Generalversammlung im 2. Quartal war beständig besucht. Der 1. Punkt der Tagesordnung war Geschäftsbereich, aus dem folgendes zu entnehmen ist: Das zweite Quartal hat uns 229 Neuaunahmen, 2 Nebertritte und einen Augerissen gebracht. Dieses sind monatlich rund 75 Neuaunahmen. Wenn wir auch mit dieser Zahl einigermaßen zufrieden sein können, so muß doch hervorgehoben werden, daß die Zahl der Mitarbeiter in allen Bezirken und Sektionen hätte größer sein müssen. Es haben sich im ganzen 47 Mitglieder an der Agitation beteiligt. Wäre die Zahl der Mitarbeiter größer gewesen, dann wäre auch der Erfolg entsprechend größer. Auch muß gesagt werden, daß einzelne Sektionen und Bezirke immer noch zu wenig Agitation enthalten. Ganz besonders sind die Sektion Holzen-Höperde und Schlotheim zu rügen, die absolut nichts in der Agitation nichts geleistet haben. In der Sektion Holzen-Höperde wird nicht nur keine Agitation gemacht, sondern die führenden Kollegen bemühen sich nicht viel. Es ist selbstverständlich, daß in solchen Dingen, wo die Kollegen nicht mit tätig sind, auch nichts in Bezug auf Lohnbewegung geschehen kann. Die Kollegen haben sich den Schaden dann selbst zuschreiben. Hoffentlich sind die Kollegen im 3. Quartal tätiger.

Lohnbewegungen müssen in Grüne, Hörde, Balve, Hördenberg und Minden gemacht werden. Die Stellennachmiede in der Grüne hatten einen Tarif eingerichtet, der am Schluß des Quartals von den Arbeitern noch nicht anerkannt war. (Unter der Leitung des Stadtk. Landrat zu Hörde ist der Tarif jetzt abgeschlossen worden.) In Hörde bei der Fa. Linde u. Hürde hatten die Arbeiter eine Lohnförderung gestellt, die aber nur zum Teil anerkannt wurde. Die Arbeiter der Chemischen Fabrik in Wollmert bei Balve hatten eine 10prozentige Lohnerhöhung gefordert. Eine 10prozentige Lohnerhöhung wurde ebenfalls bei der Firma Weißmühle zu Minden wurde der Arbeitersatz im Auftrage der Arbeiter ebenfalls vorschlägt, um eine Lohnerhöhung zu bekommen. Der Vertreter der Firma - Hörde Minden - beliebt den Mohr und sagt: "Es tut mir leid, es kann sagen zu müssen, ich kann wirklich nicht mehr zahlen. Auszugsmitglieder!! Es würde es auch viel nehmen, wenn ihr hier bei der Arbeit bleibt, wenn ihr auf einer anderen Stelle mehr verdienen könnt. Ich habe euch ja ganz gerne als Arbeiter, aber wie gesagt, wenn ihr andere Arbeit bekommen könnt und besser einkommen werdet, dann nehme ich es auch übel, wenn ihr hier bleibt." Damit wollte der "gute" Herr die Arbeitersatzmitglieder aus seinem Betrieb schmerzlos entfernen. Bei einem Mitglied ist es ihm gelungen, bei den anderen nicht. Die Grüne hat auch mit Fleißigkeiten eingesetzt. Es kommen über fortwährend noch große Slogans und wir sehen uns bestens geeinigt, in den nächsten Tagen nochmals beschäftigende Versammlungen zu erheben. Die Arbeiter der Fa. Schulte u. So. wurden vorstellig, um die Ausarbeitung des Arbeitersatzes zu bewirken. Sammeln ist nun an die Stadtk. Gewerbe-Inspizient und an den Herrn Regierungsratspräsidenten gewählt, wurde die Zahl ausgeschrieben. Nunmehr wurde die Verhandlung über die jetzt eingerichtete Lohnregelung erfolgen. Es sind nur mittlerweile die Zugeständnisse von 5 auf 8-9 statt 8 auf erhöht worden. Die Arbeitgeber haben keinerlei gut bedacht haben. Es wurde erstmal eine Regelung eingerichtet. Die Grüne legt nun längeres Drucken und Verhandeln mit dem Arbeitersatztarif zu einer 10prozentige Erhöhung der Lohnabnahme einzuholen an. Dieser kann sich die Stellennachmiede bei Hördenberg der Stadtk. Steueramt, bei Stellennachmiede bei Grüne, Hörde, Schlotheim, einige eingezogen und den zentralen Tarif eingerichtet. Die Verhandlungen mit den Arbeitern, es kommt die Grüne, Hörde, Balve und Hördenberg. Es steht jetzt Frage in Frage, ob wir keinen sozialen Vertrag schließen. Mit der Möglichkeit wird ja der Sozialvertragung in Gott noch befiehlt werden. Dies ist schon gemacht bei der Organisation für den größten Teil aller Arbeitnehmer eine soziale Sicherung herzustellen. Die Sozialversicherung kann den Arbeitern nicht auch zu Miete geben erlauben. Die Wirtschaft soll nicht in die Sache gezogen und wir hoffen, daß die Sache

anhält. Im dritten Quartal sind bis heute schon weit über 200 Neuaunahmen herein gekommen, hoffen möchten die Kollegen alles daran, damit die Metallarbeitergesellschaft aus dem Stadt- und Landkreis Hörde sich geschlossen der Organisation anschließt.

Die Einnahme für die Zentralklasse beläuft sich auf 4500 Mark und die Ausgaben auf 1900 Mark. Die Einnahme für die Lokalklasse beläuft sich auf 1900 Mark, die Ausgaben auf 1500 Mark. Der Lokalklassenbestand beträgt 243,67 Mark. Der Marken durchschnitt des 2. Quartals steht auf zwölf. Wir hoffen, und das muß auch das Bestreben aller Kollegen sein, denselben auf 12,5 Prozent zu erhöhen.

In der Diskussion erstatteten zunächst die Revisoren ihren Bericht und es wurde beschlossen, dem Kassierer Entlastung zu erteilen. Die anschließende Diskussion war recht lebhaft. Die in der Agitation tätigen Kollegen freuten sich, eine so gute Aufnahmefest aufzuzeigen zu können, und möchten die faulen Mitglieder, die nie Zeit haben, eine Agitation mit zu machen, sehr beschämmt. Der Kollege Poggel (Hördenberg) äußerte sich nicht so günstig über das Arbeiten der drei Bezirke in Minden, und meinte, man könnte sich heute nicht mehr darauf berufen, daß sich die Kollegen aus Minden so einstellen, wie das schon mal der Fall war. Sie waren immer auf die Einigkeit der Mindener Kollegen stolz gewesen, aber heute könne man von einer solchen Einigkeit nicht mehr reden. Auch in Minden habe sich gezeigt, daß obwohl die Arbeiterschaft bereit ist, an den Fronten den Feinden zu trotzen, und tödlichste Kämpfe fürs Vaterland zu kämpfen, vor dem Stirnrunzeln der Unternehmer zusammen krümeln. Hoffentlich, so meinte er, würde die Zeit wieder kommen, wo man die Mindener Kollegen mit Recht wieder als Vorbild erwähnen kann. Auch wurde große Klage über die schlechte Mitarbeit geführt, was unbedingt besser werden muß. Im gleichen Sinne brüsteten sich auch die Kollegen der übrigen Sektionen.

Kollegen von Minden! In dieser Generalversammlung hat man über die Mindener Kollegen zum Teil nicht günstig berichten können. Im Gegenteil ist von Diskussionsrednern die schlechte Mitarbeit kritisiert worden. Wir wollen hoffen, daß die drei Mindener Bezirke bei der nächsten Versammlung im günstigeren Licht gezeigt werden können. Es muß deshalb jeder mitarbeiten, damit das Resultat ein besseres wird. Auch die Mitglieder der Sektionen wollen weiterforschen, damit in der nächsten Generalversammlung nur günstiges berichtet werden kann. Besonders muß den Kollegen von Hörde auffallen: *Herau an die Unorganisierten!*

Berlin. Die am 11. August d. J. abgehaltene außerordentliche Generalversammlung erreichte sich eines guten Besuches. Sie war notwendig geworden, weil einige am Jahresanfang gewählten Vorstandsmitglieder zum Militär einberufen worden sind, weshalb nun durch Erlassnahmen die freigeworbenen Stellen besetzt werden mußten. Als die Wahlen gefügt waren, wurde vom Kassierer der Geschäfts- und Kassenbericht erläutert, welcher zur Zufriedenheit der Versammelten ausfiel. Dem Kassierer wurde für seine Geschäftsführung Entlastung erteilt.

Unter anderem gab der Kartelldelegierte, Kollege Reitz, den Bericht von der letzten Kartellversammlung. Dort sei die Rezession der Strohzusatzabteilung besprochen und unseres Vertreters in der möglichen amtlichen Stelle seiner Standpunkt dazu dargelegt worden; das Kartell berücksichtigt im Herbst noch eine Sondervorstellung in der Karlsruhe und zwar am Sonntag den 21. Oktober.

Dann erhielt der Kollege Fährich das Wort zur Belehrung über die Preissteigerungen, welche die Hausbesitzer geplant hatten, aber durch rechtzeitiges Eingreifen der Organisationen eingeschränkt werden konnten. Der Wohnungsausschuß der Kreislichen Arbeiterversorgung von Berlin hat sich deswegen mit einer ausführlichen Erklärung an das Oberbauministerium in den Märken gewandt. Auch andere Organisationen sind ähnlich vorgegangen. Als so von allen Seiten Protest erhoben war, wurde der Deffentiflitz-Gehör gescheit und die Preiserhöhung-Berichtigung am 26. 7. 17 vom Bundesrat erlassen. Dieselbe wurde näher erläutert, und von der Versammlung mit großer Zufriedenheit begrüßt. Der Redner ging dann auf die Kohlen- und Gasverbrauchsbelehrung ein, die für Berlin vorgesehen ist. Es ist eine schreiende Ungerechtigkeit, wenn die Wirtschaft bei den Kollegen nach der Zahl der vom einzelnen Verbraucher benötigten Zimmer bemessen werden soll. Das läuft in Wirklichkeit darauf hinaus, daß der Arbeiter mit seinen wenigen Wohnräumen im Winter nicht einmal ein warmes Zimmer haben wird, was jedoch den Fabrikanten größere Vorteile verschafft. Die Gasfrage soll zumindest möglich und angängig geregelet werden; hier geht die einzelne Einzelrechnungs-Berichtigung von der Größe des Gasverbrauchs aus, trifft also nicht bloß die kleinen Verbraucher bevor, sondern auch obenrein auch einer durch nichts gecharakterisierte Universität zwischen Fabrikanten und gewöhnlichen Gasverbrauchern. Auch hier steht die Aufrechterhaltung der Richtigkeitnahme auf die Lebensgewohnheiten und unabsehbaren Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung bevor. Unfall der Versammlung darf rechtzeitig einzutreten, so bischer Gas verfolgendet wurde, undet man bestreben, die bisher schon nur das Allerwichtigste verbreiten, Wünsche zu.

Die Siedlungen sollen sich durch gewisse, solche Dinge bestimmt der sozialen Gerechtigkeit aus zu regeln. Der Gesetzgeber hat heute nur genau jeben zu beanspruchen, wie der Arbeit, nämlich die Befriedigung der nötigsten Lebensbedürfnisse. Energie und Finanzen werden aber ebenfalls noch immer bei Verbrauchsbeschränkungen liebwillig berücksichtigt. Das zeigen die Stadtk. Berliner Verordnungen über Stromabrechnung und Gasverbrauch wieder einmal ganz bestens. Auch in der Zeilen- und Gasfrage sollen Sätze bei den zuständigen Behörden angenommen werden. Dies kann über mit Erfolg mit dann getan werden, kann mit einer geprüfte Organisation haben; Städte bitten die Behörden, in der Beziehung von neuen Wohlhabern nicht zu erlauben, sondern wo es gilt, für den dörflichen Metallarbeiterverband keinen Platz zu stellen, dies auch zu tun. Sehrzeitig legte diese Aussicht zu. Die Diskussion war sehr rege.

Die Sitzung hielt der Vorstand wieder einmal

arbeiter und Arbeiterinnen hin und forderte die Witteglieder auf, dieselben nach dem Büro einzutreten, wenn sie nicht von den Mitgliedern selbst bearbeitet werden können. Denn nur durch festen Zusammenschluß werden wir vorwärts kommen.

Der neu gewählte Vorsitzende schloß die Versammlung mit einem lebhaften Aufruf an die Mitglieder, das Gehörte in die Tat umzusetzen und in den künftigen Versammlungen wieder pünktlich und zahlreich erscheinen zu wollen.

Haan. Unsere letzte Mitglieder-Versammlung war trotz des schlechten Wetters gut besucht, besonders zahlreich waren die neugewonnenen Kollegen vertreten. Viele Kollegen von Haan, welche immer "feine Zeit" haben in die Versammlung zu gehen, mögen sich daran ein Beispiel nehmen. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung und gab die Tagesordnung bekannt. Er erfuhr die Kolleginnen, in allen Versammlungen so zahlreich zu erscheinen, dann könne der Erfolg für sie nicht ausbleiben. Hierauf erhielt der Kollege Hebborn (Gelsenkirchen) das Wort zu seinem Bericht über das erste Halbjahr. Der Referent gab einen sehr ausführlichen Bericht über die Entwicklung der Verwaltungsstelle; wenn dieselbe in den ersten beiden Kriegsjahren fast gar keine Aufnahmen machen konnte, so war hierin doch eine Besserung eingetreten, so daß die Verwaltungsstelle bereits wieder die Friedensstärke erreicht. Den Erfolg hätte der untere Kreis davongetragen, in dem vor dem Kriege fast gar keine Mitglieder vorhanden gewesen wären, während der obere Kreis ganz versagt hätte; auch Haan könne nicht zufrieden sein, wenn auch zum Schluss des Halbjahrs noch ein Erfolg eingetreten sei und 60 Neuaunahmen zu verzeichnen wären. Kollegen vom Haan, dieser Edel ist nicht auf euch sitzen lassen, sondern wünscht im zweiten Halbjahr zeigen, daß hier noch der alte gewerkschaftliche Geist herrscht wie vor dem Kriege, welcher so schöne Erfolge für Haan gebracht hätte. Kollege Durck gab hierauf einen kurzen Bericht über die Verhandlungen mit der Behörde wegen der Lebensmittelbeschaffung, auch brachte derselbe eine Eingabe an den Landrat vor, in welcher die Chausseebau der Kartoffeln für den Herbst verlangt wurde, welche von den christlichen Gewerkschaften, den freien Gewerkschaften und sämtlichen Arbeiterausschüssen unterzeichnet war. Dann wurde noch die Lohnbewegung bei der Firma Franz Verdenberg besprochen. In zwei vorher stattgefundenen Betriebsversammlungen, die gut besucht waren, wurde der Arbeiterausschuß beauftragt, eine Lohnerhöhung für alle Abteilungen zu beantragen, von 15 Prozent, für Nebenstunden 20 Prozent und für Sonntagsarbeit 50 Prozent. In der Aussprache wurde der Wunsch ausgedrückt, daß dieser geringen Forderung Erfolg beschieden sein möchte, dieses sei aber nur dann möglich, wenn alle Arbeiter und Arbeiterinnen sich der Organisation anschließen. Zum Schluß wies der Vorsitzende noch darauf hin, daß es unbedingt notwendig sei, daß sich die Kolleginnen als Mitarbeiter für den Verband bereit erklären, weil ihnen doch die Agitation unter den Arbeitern eine leichte sein möchte. Es erklärten sich denn auch einige bereit, als Vertreterinnen tätig zu sein. Hierauf wurde die schein verlaufene Versammlung geschlossen. Bereits zwei Wochen später kamen schon 10 Neuaunahmen. So muß es weitergehen, dann ist der Erfolg sicher.

## Literarisches

Unser Verbandsmitglied der Kollege Friedr. Fuchs hat eine Verhältnisstabelle über Gewindehähne herausgegeben, die weiteste Beachtung verdient. Fuchs hat kurz und knapp, dabei außerordentlich übersichtlich alle vorkommenden Gewinde in der Broschüre zusammengestellt und man kann sagen, daß nichts unberücksichtigt geblieben ist. In einem Wort erläutert er die von ihm errechneten Zahlen, die er auf 15 Seiten außerordentlich übersichtlich angeordnet darstellt. In einer weiteren Tabelle sind alle größeren Zahlen angegeben, die den Kollegen der Dreheren ein außerordentl. wert. Material an die Hand geben. Man kann sagen, daß in diesem Werkchen das Praktischste und Übersichtlichste, was bisher in diesem Gebiete auf den Markt gekommen ist, vorliegt. Wir wünschen allen Dreherkollegen die Anschaffung des Fuchs'schen Werkes, wünschen empfehlen und weisen darauf hin, daß es von der Geschäftsstelle unseres Verbandes in Essen-Mülheim, Frohhausen Straße 19, zu beziehen ist.

## Versammlungs-Kalender

Witten und Syru. Jeden Mittwochabend von 7.30 bis 8.30 Uhr ist Geschäftsstunde auf dem Büro Marienplatz 4 in M. Syru. Die Kollegen wollen die geschäftlichen Meldungen usw. in dieser Zeit erledigen.

Sonntag, den 16. September 1917.

Brühl. 11 Uhr bei Kipper.

Endingen. 11 Uhr bei Hanapel.

Witten. 5 Uhr bei Lofsoh. Ref. Schrift. Stoll. Wieber. Geisenkirchen-Schule. 11 Uhr bei Wiegner.

Grefrathen. 4 Uhr bei Blankenheim.

S. Brachhausen. 7.30 Uhr bei Schärdt. Referent Schrift.

Kollege Wieber.

Eifelbezirk Cochem. Im Lokal Witz 5 Uhr nachm. Begeisterung für das Eifelgebiet. Hierzu sind unsere Mitglieder sowie deren Freunde aus den Orten Cochem, Remagen, Boppard, Euskirchen dringend eingeladen. Zu dieser Tagung hat unser Verbandsvorsteher Kollege Wieber sein Etchinen zugesagt. Die Tagung ist so stich angelegt, daß es den anwältigen Kollegen möglich ist, wieder frühzeitig nach Hause zu kommen. Die Tagung muss eine schöne Erinnerung für unsre ehemalige Gewerkschaftszeit sein.

Sonntag, den 23. September.

Stadtteile. Patriotischer Abend. Ref. Stoll. Schriftsteller Joes, R. Gladbach.

Geisenkirchen. 5 Uhr. Lokal wird noch angegeben.

Krefeld. 11 Uhr „Zur Reichshalle“, Westwall.

Niederkrüppel, G. u. D. S., beide in Duisburg. Schriftleitung: S. S. Georg Wieber-Duisburg.